

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

12. Sitzung

Hannover, den 28. Oktober 1998

Inhalt:

Feststellung der Beschlußfähigkeit	869	Oppermann , Minister für Wissenschaft und Kultur.....	880
Mitteilung des Landtagspräsidenten über den Rücktritt des Ministerpräsidenten	869	Jüttner , Umweltminister.....	880
Feststellung von Sitzverlusten gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung in Verbindung mit § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Drs. 14/288 und 14/289	869	Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten	881
Rede des scheidenden Ministerpräsidenten	869	Glogowski , Ministerpräsident.....	881
Schröder , Bundeskanzler.....	869	Nächste Sitzung	895
Würdigung durch den Landtagspräsidenten	871		
Wahl des Ministerpräsidenten	874		
Glogowski , Ministerpräsident.....	877		
Bestätigung der Landesregierung	878		
Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	878		
Glogowski , Ministerpräsident.....	879		
Bartling , Innenminister.....	879		
Aller , Finanzminister.....	879		
Merk , Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales.....	879		
Jürgens-Pieper , Kultusministerin.....	879		
Dr. Fischer , Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	880		
Bartels , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	880		
Dr. Weber , Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten.....	880		

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführerin	Jahn (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Glogowski (SPD)

Innenminister
Bartling (SPD)

Finanzminister
Aller (SPD)

Staatssekretär E b i s c h ,
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales
Merk (SPD)

Kultusministerin
Jürgens - Pieper (SPD)

Staatssekretär D r . L e m m e ,
Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Bartels (SPD)

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Dr. Weber (SPD)

Staatssekretär D r . L i t t e n ,
Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten

Minister für Wissenschaft und Kultur
Oppermann (SPD)

Umweltminister
Jüttner (SPD)

Staatssekretär S c h u l z ,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.32 Uhr

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 12. Sitzung im 7. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Feststellung der Beschlußfähigkeit

Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat die Abgeordnete Frau Leuschner.

(Beifall)

Zur Tagesordnung: Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Über den Ablauf der Sitzung ist zwischen den Fraktionen Einvernehmen erzielt worden.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sich Frau Janßen-Kucz und Herr Klein entschuldigt.

Mitteilung des Landtagspräsidenten über den Rücktritt des Ministerpräsidenten

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 26. Oktober 1998 hat der Abgeordnete Gerhard Schröder seinen Rücktritt vom Amt des Niedersächsischen Ministerpräsidenten erklärt. Gemäß Artikel 33 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung gilt damit die Landesregierung als zurückgetreten. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Wir kommen zunächst zur

Feststellung von Sitzverlusten gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung in Verbindung mit § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Drs. 14/288 und Drs. 14/289

Ich gehe davon aus, daß zwischen den Fraktionen Einigkeit besteht, daß über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird.

Wer dem Antrag in der Drucksache 288 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Der Abgeordnete Gerhard Schröder ist damit aus dem Landtag ausgeschieden.

Wer dem Antrag in der Drucksache 289 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Ich stelle damit fest: Der Abgeordnete Karl-Heinz Funke ist aus dem Landtag ausgeschieden.

Meine Damen und Herren, ich begrüße zu dieser Sondersitzung besonders herzlich den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen und heutigen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Gerhard Schröder.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Herr Bundeskanzler, wir haben vereinbart, daß Sie Gelegenheit haben, sich vom Niedersächsischen Landtag zu verabschieden. Ich bitte Sie, das Wort zu ergreifen.

Rede des scheidenden Ministerpräsidenten

Schröder, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Kolleginnen und Kollegen“ kann ich ja jetzt nicht mehr sagen, nachdem Sie festgestellt haben, Herr Präsident, daß ich nicht mehr die Ehre habe, dem Niedersächsischen Landtag angehören zu dürfen. Ich habe eine Menge dafür getan, daß sich das ändert; das gebe ich zu. Ich möchte aber zum Ausdruck bringen, daß die Zeit, in der ich hier sein konnte, in meinem Leben eine ganz wichtige Zeit gewesen ist - in meinem politischen, aber auch in meinem Leben insgesamt. Ich habe viel Kritik erfahren und habe sie auch ausgeteilt - das weiß man auf dieser (zur CDU gewandt) Seite des Hauses. Ich habe viel Zuwendung erfahren, politisch,

aber auch menschlich - natürlich vor allen Dingen auf dieser (zur SPD gewandt) Seite des Hauses. Aber es hat immer wieder Zeiten gegeben, wo man unabhängig von Parteizugehörigkeit miteinander reden konnte. Das betrifft alle, die hier vertreten sind. Das zeigt, daß wir in Deutschland ein Maß an politischer Kultur gewonnen haben, bei dem eines ganz sicher und auch wichtig ist: daß es in der innenpolitischen Auseinandersetzung zwar Gegner gibt, aber nicht Feinde.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich habe versucht, mich so zu verhalten. Ich bin ganz sicher, daß es mir nicht immer gelungen ist. Umgekehrt genauso. Ich muß aber sagen: Wenn ich mir die letzte Wahlauseinandersetzung anschau, war sie schon von jenem Maß an Fairneß gekennzeichnet, das in einer Demokratie einfach notwendig ist. Es ist zwar auf allen Seiten kräftig ausgeteilt worden, aber nicht so, daß Wunden zurückgeblieben wären, die nicht vernarben könnten. Das ist auch eine gute Erfahrung.

Ich habe jetzt ein anderes Amt - Sie wissen es - übertragen bekommen. Ich will versuchen, das gut zu machen, und werde das dem Deutschen Bundestag demnächst erklären müssen.

Ihnen, meine sehr verehrten ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, möchte ich einfach nur vermitteln, daß ich zwar mit Freude, auch mit großem Spaß an das neue Amt denke und herangehe, um das ich ja sehr lange gekämpft habe, aber auch mit Wehmut von hier weggehe. Das waren acht Jahre als Ministerpräsident dieses Landes, die mir sehr viel wert gewesen sind, der Arbeit mit Ihnen zusammen, aber auch der Arbeit für die Menschen in Niedersachsen wegen.

Was wir versucht haben - ich hoffe, daß das bei allem Streit über die richtigen Wege fortgesetzt wird -, war doch, für Neues aufgeschlossen zu sein, ökonomische Realitäten zu beachten, aber sich von ihnen nicht dominieren zu lassen, und soziale Balance zu halten. Diese beiden Dinge sind es gewesen, die meine Arbeit jedenfalls geprägt haben. Ich habe versucht, sie davon prägen zu lassen, und hoffe, daß sich in dem einen oder anderen Fall jemand finden wird, der sagt: Das ist ihm einigermaßen gelungen. Mein Wunsch ist, das mit neuem Elan und anderen Methoden fortzusetzen, soweit es geht. Aber das müssen natürlich Sie ganz allein entscheiden.

Wehmut und Glück, das liegt ganz eng beieinander - Glück darüber, das neue Amt antreten zu können, und Wehmut, hier weggehen zu müssen. Ich hoffe, wir werden weiterhin miteinander zu tun haben.

Vorhin ist ausgeführt worden, Niedersachsen solle bei der Arbeit, die wir in Bonn zu machen haben, nicht zu kurz kommen. Das ist so. Es wird aber auch nicht bevorteilt werden. Das darf nicht sein. Aber zu kurz kommen sollen dieses wunderbare Land und sollen seine wunderbaren Menschen auch nicht. Ich will helfen, daß das geschieht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen letzten Satz zu meiner größten Leistung in meiner achtjährigen Regierungszeit sagen. Ich habe es immerhin verstanden, eine Bayerin in Niedersachsen heimisch zu machen.

(Starker, anhaltender Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen für Ihre kurzen und präzisen Ausführungen und darf auch Sie, Frau Schröder-Köpf, sehr herzlich in diesem Hause begrüßen. Sie haben in diesen Tagen ungeheuer viel an Belastungen zu tragen, die sicherlich auch für einen Profi schwer zu durchschauen sind. Ich glaube aber, daß Sie Ihre Rolle sehr gut spielen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich darf bei dieser Gelegenheit in diesem Hause und zu dieser Sitzung unseren Kollegen Wolfgang Schaefer, den Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Desgleichen freue ich mich, daß auch Horst Milde da ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Mit besonderer Freude darf ich sagen, daß die beiden Oberbürgermeister Dr. Willi Polte aus Magdeburg und Herbert Schmalstieg aus Hannover anwesend sind. Herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Würdigung durch den Landtagspräsidenten

Herr Bundeskanzler, Sie haben sich gerade vom Niedersächsischen Landtag verabschiedet, um sich voll den Aufgaben des schwersten politischen Amtes zu widmen, das diese Bundesrepublik zu vergeben hat. Sie werden nicht in den Ruhestand treten. Sich in einer solchen Situation eine Würdigung anzuhören, wird Ihnen nicht leichtfallen. Aber es muß sein, und ich will es auch nicht zu schlimm machen.

Zunächst begleiten Sie die besten Wünsche des gesamten Niedersächsischen Landtages für Ihre neue Arbeit als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie sind der erste Ministerpräsident eines Landes, der nach einer gewonnenen Wahl Bundeskanzler geworden ist. Daß es ein Niedersachse ist, wird vielleicht nicht nur die Regierungspartei in diesem Hause mit Genugtuung erfüllen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am Ende einer zwölfjährigen Zugehörigkeit zu diesem Parlament und einer fast achteinhalb Jahre währenden Amtszeit als Ministerpräsident stellt sich selbstverständlich für uns und auch für Sie notgedrungen die Frage: Was bleibt? Es wäre langweilig, über Gesetze, Verordnungen, die Mühsal des Alltags, gewonnene und verlorene Prozesse beim Staatsgerichtshof, über Ärgernisse und Freuden politischer oder persönlicher Art zu reden. Das ist nicht der Ort. Wichtig erscheinen mir folgende Beobachtungen, die mit Ihrem Namen und auch mit Ihrer Art der Amtsführung verbunden sind:

Sie haben – eben klang es an – wie kaum ein anderer vor Ihnen in der ökonomischen Entwicklung dieses Landes die Voraussetzung für alles weitere gesehen. In Erinnerung wird bleiben Ihr persönlicher Einsatz bei Volkswagen, Preussag, der Mercedes-Teststrecke, der Ansiedlung von Stat-Oil, der Meyer-Werft in Papenburg, dem Dasa-Werk in Lemwerder, Karmann in Osnabrück, aber auch in kleineren Betrieben wie Pleißner in Herzberg und vielen anderen. Sie haben immer betont, wie wichtig vor allem auch das Handwerk und seine Leistungen für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze sind.

Sie sind dabei Konflikten nie aus dem Weg gegangen, seien sie ökologischer, ordnungspolitischer oder grundsätzlicher Natur gewesen. Sie sind volles Risiko gefahren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben dies aufmerksam registriert. Grundlage Ihres Engagement war die Überzeugung, daß in der Wirtschaft der Staat nicht der primär Handelnde sein darf, aber seine Möglichkeiten voll ausnutzen muß, um die Handlungsfähigkeit des Staates weiterhin garantieren zu können. Die entfesselte globalisierte Wirtschaft läßt dabei ihre Anforderungen an die Menschen sehr präzise aufleuchten. Im häufig belächelten sogenannten provinziellen Niedersachsen steht neben anderen Konzernen mit Volkswagen ein Weltkonzern, dessen ökonomische, soziale, technische und kommunikative Kompetenz weltweit Vorbildcharakter gewonnen hat. Sie, Herr Bundeskanzler, waren daran nicht ganz unbeteiligt; und dafür gilt Ihnen unser Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In anderthalb Jahren werden Sie als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland die EXPO 2000 hier in Hannover eröffnen. Wir hoffen und sind sicher, daß Sie insbesondere in der Verantwortung als Bundeskanzler in Ihrem Einsatz für das Gelingen dieser Ausstellung nicht nachlassen werden, weil dies eine nationale Einladung ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich wie kaum jemand zuvor in Deutschland konsequent und geschickt auf die Bedingungen einer durch Medien vermittelten Politik eingestellt. Ihr Umgang mit den Medien hat neue Maßstäbe gesetzt - zum Verdruß mancher, die das nicht so gut können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ihnen war und ist die Vermittlung und Durchsetzung Ihrer Vorstellungen über die Medien mindestens genauso wichtig wie die formal-korrekte Entscheidungsfindung beispielsweise in den Gremien Ihrer Partei. Es gibt Leute, die ein solches Verhalten bei der Legitimationsbeschaffung für problematisch halten. Unter den Bedingungen der modernen Informationsgesellschaft scheint dies aber dennoch – in allem Ernst gesprochen – eine der Voraussetzungen dafür zu sein, um überhaupt Akzeptanz zu schaffen. Es hat für Sie den interessanten und für das ganze Land den fruchtbaren Nebeneffekt, daß viele Menschen aus Kunst und Kultur dies als eine Annäherung von Politik und

Kultur verstehen und interpretieren. Nicht jeden Bundeskanzler kann man sich auf der Bühne bei einem Rockkonzert vorstellen. Bei der kenntnisreichen, einfühlsamen und gern geübten Eröffnung von Ausstellungen, insbesondere der Malerei und der bildenden Kunst, gilt das ebenfalls.

Bei vielen journalistischen und schriftstellerischen Versuchen der letzten Jahre über Sie und Ihren Arbeitsstil bis in die letzten Tage hinein ist mir ein Charakteristikum häufig zu kurz gekommen, nämlich Ihre unbedingte Leistungsanforderung an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kabinettsmitglieder. Sie haben immer auf äußerste Durchdringung eines politischen Problems und auf präzise Entscheidungsvorlagen geachtet. Auch in den Parlamentsdebatten war dies spürbar. Ihre ungeheure Präsenz sorgte dafür, daß Sie sich nicht in Spezialisierung und Schablonisierung einfangen ließen, selbst dann nicht, wenn Sie ein Problem auch im Detail kannten, sondern auf den politischen Gehalt eines Themas zusteueren. Dies war und ist manchmal unbequem, schafft aber vielleicht auch die Voraussetzungen für funktionierendes Regieren. Das merkte man auch dann, wenn Sie abwesend waren. Von dieser Art der Tageskompetenz, wie Sie das einmal genannt haben, können Freunde und Gegner gleichermaßen lernen.

Sie haben Ihr Amt als Ministerpräsident dieses Landes in den Monaten begonnen, als sich die staatliche Einheit Deutschlands vollendete. Und Sie werden der erste Bundeskanzler sein, der dieses Land von Berlin aus regieren wird. Dies ist für mich als jemand, der seine gesamte Jugend in der DDR verbrachte, ein Vorgang von besonderer Symbolik und Bedeutung. Einen Hauch von deutscher Einheit haben wir selbst in Niedersachsen durch die Wiedereingliederung des Amtes Neuhaus erlebt. Sie haben darin also ein bißchen Erfahrung. Dieser Einigungsprozeß wird insgesamt nicht leichter. Es kann sein, daß in den kommenden Jahren Ihre kühle und rationale, aber durchaus zugewandte Art den Prozeß der inneren deutschen Einheit von falscher Sentimentalität und gegenseitigen Vorurteilen befreien wird.

Ihnen wird aber ein Problem in Bonn und in Berlin schwer anhängen, an dem sich die niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel und Dr. Ernst Albrecht schon vergeblich versucht haben: die ungelöste Finanzverfassung Deutschlands. Das vielleicht größte politische Versäumnis der letzten Jahre war der Verzicht auf eine gründliche Finanzreform bei der Grundgesetzrevision. Sie

wissen aus allen Haushaltsdebatten Ihrer Regierungszeit in Niedersachsen und davor und werden es wahrscheinlich in Bonn auch sehr schnell spüren, wie handlungs- und gestaltungsunfähig die Länder schon sind und in Zukunft noch sein werden, wenn dieses Problem nicht grundsätzlich gelöst wird.

Es wäre selbstverständlich kleinlich, von Ihnen zu erwarten, sich in Zukunft in tagespolitische Hilfsaktionen für Niedersachsen verstricken zu lassen. Es ist aber nicht unbillig, Sie zu bitten, die Lösung der Finanzstrukturen von Bund, Ländern und Gemeinden in Ihrem neuen Wirkungsbereich nicht zu vernachlässigen.

(Beifall im ganzen Hause)

Es hängt daran viel Zukunft für die Demokratie in Deutschland überhaupt.

Ich möchte Ihnen für die zupackende Art danken, mit der Sie in den letzten Tagen die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern aufgegriffen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sind kein Mann eines antiquarischen Geschichtsverständnisses, aber Sie haben einen Sinn dafür, wann unaufgearbeitete Geschichte in der Zukunft gefährlich werden kann. Dies ist nicht amoralisch, sondern sehr verantwortungsbewußt. Gerade das Deutschland des nächsten Jahrhunderts sollte diesen beschämenden Rest um der noch lebenden Menschen und um seines Ansehens willen nicht weiter mit sich herumschleppen.

Sie haben sich in den letzten Tagen und Wochen als Rilke-Kenner geoutet. Ich weiß, daß Sie besonders gern das Gedicht vom Panther mögen, dessen erste Strophe ich in Erinnerung rufe:

„Sein Blick ist vom Vorübergehen der Stäbe
so müd geworden, daß er nichts mehr hält.
Ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe
und hinter tausend Stäben keine Welt.“

Herr Bundeskanzler, Sie haben vor Jahren von außen an den Gitterstäben des Bundeskanzleramtes gerüttelt.

(Heiterkeit)

Nun sind Sie drin. Wir wünschen Ihnen und uns, daß Ihr Blick die Welt hinter den tausend Stäben hält.

Sie nehmen aus Niedersachsen auch unseren Karl-Heinz Funke – den ich übrigens auch noch herzlich begrüßen muß, weil er schon vereidigter Bundesminister ist – mit nach Bonn und Berlin.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich freue mich, daß Sie einen ausgewiesenen Bauern und auch Lehrer aus Niedersachsen mitnehmen,

(Heiterkeit)

der mit seiner Fachkenntnis, seiner Bodenständigkeit und seiner Bildung mit Sicherheit auch am Bonner Kabinetttisch eine Bereicherung sein wird. Dabei hätte die Ministerkarriere von Karl-Heinz Funke beinahe schon im Herbst 1990 geendet. Als der Ministerpräsident nämlich, gerade im Besitz des frisch erworbenen Sportabzeichens, beim Jahresempfang des Niedersächsischen Sportbundes versprach, ein Jahr später – nämlich im Jahre 1991 – würden alle Kabinettsmitglieder Sportabzeichen erworben haben, reagierte Karl-Heinz Funke prompt und entschieden: „Dann trete ich lieber zurück.“

(Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen, Herr Funke, daß Sie Ihre gesunde Europa-Skepsis – davon haben wir ja bei verschiedenen Gelegenheiten sehr viele Proben bekommen können – und ihre profunde Europa-Kompetenz zum Wohle einer vernünftigen Landwirtschaft einsetzen können, wovon auch Niedersachsen als zweitgrößtes Agrarland seinen Nutzen haben wird.

Ich darf abschließend sagen: In demokratischen Gesellschaften kann man nicht nur Freunde haben – auch Gerhard Schröder nicht. Aber er hat sich in den konfliktreichen Auseinandersetzungen auch dieses Hauses bemüht – darauf hat er auch eben noch einmal hingewiesen –, keine Feindschaft entstehen zu lassen. Er hat durch Perspektive, Kontakte und bewußten Blick über die Grenzen des Landes hinaus das Ansehen Niedersachsens in Deutschland und der Welt gemehrt. Der Niedersächsische Landtag dankt für diesen Dienst.

(Starker Beifall bei der SPD)

Sie haben sich viel vorgenommen. Sie wollen die Modernisierung Deutschlands befördern und soziale Gerechtigkeit betonen und wollen sich an der deutlichen Reduktion der Arbeitslosigkeit in diesem Land messen lassen. Wir wünschen Ihnen für dieses Vorhaben Tatkraft, Gesundheit und auch die nötige Fortune.

Als Abschiedsgeschenk aus dem Niedersächsischen Landtag möchte ich Ihnen zehn Bände Ihrer hier gehaltenen Reden überreichen.

(Heiterkeit – Frau Pawelski [CDU]: Das ist aber kein Geschenk! Das ist eine Strafe! – Möllring [CDU]: Werden die Zwischenrufe getilgt?)

- Die Zwischenrufe sind alle dabei, Herr Möllring.
- Es werden heute nur drei Bände sein. Ich weiß, daß man die Lektüre eigener Rede besonders ungerne betreibt. Ich weiß aber auch, daß dies eine Art von Literatur oder Texten ist, die andere Leute sehr häufig heranziehen – freundlich gesinnte und auch vielleicht nicht so freundlich gesinnte. Dann ist es sehr gut, solche Texte sehr schnell authentisch und auch noch im Original parat zu haben. – Alles Gute für Sie.

(Starker Beifall im ganzen Hause – Gabriel (SPD) überreicht Bundeskanzler Schröder Blumen – Frau Harms (GRÜNE) übergibt ihm Blumen und ein Geschenk – Bundeskanzler Schröder und Frau Schröder-Köpf verlassen den Plenarsaal - Starker, nicht enden wollender Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Begrüßung der neuen Mitglieder des Landtages.

Nachfolgerin von Herrn Schröder wird Frau Berhardette Schuster-Barkau aus Bad Bramsche. Sie kommt gerade dort hinten durch die Tür.

(Beifall im ganzen Hause)

Nachfolgerin von Herrn Funke wird Frau Karin Stief-Kreihle aus Meppen. Sie gehörte dem letzten Landtag schon einmal an.

Ich darf Sie beide sehr herzlich begrüßen und hoffe, daß Sie sich schnell einarbeiten.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur

Wahl des Ministerpräsidenten

Ich bitte alle Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind – einschließlich der Journalisten –, für die Dauer der Wahlhandlung den Plenarsaal zu verlassen. Das gilt auch für den Logenplatz dort hinten. Ausgenommen sind die Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. – Es ist auch nicht fair gegenüber den Kollegen, wenn einige länger bleiben.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 20. Oktober 1998 den Abgeordneten Gerhard Glogowski für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Es geht jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag.

Gewählt wird mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung, wie es Artikel 29 der Niedersächsischen Verfassung vorsieht. Ich bitte, genau zuzuhören, damit keine Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe entstehen. Wer den Abgeordneten Glogowski zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt Ja an. Wer ihn nicht wählen will, kreuzt Nein an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt Enthaltung an. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß in diesem Falle Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch die Schriftführerin Frau Hansen aufgerufen und kommen dann bitte einzeln nach vorn. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie damit dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach dem Vermerken Ihres Votums stecken Sie den Stimmzettel in den Umschlag und werfen ihn in eine der beiden Wahlurnen.

Ich halte Sie damit für einverstanden, daß ich beauftrage den Schriftführer Herrn Lanclée, unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, den Stimmzettel mit Umschlag auszugeben und die Wählerlisten zu führen, die Schriftführerin Frau Vogelsang, Aufsicht darüber zu führen, daß immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht, und den Schriftführer Herr Sehr, ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Aufsicht und die Namenskontrolle bei den Wahlurnen zu führen.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, daß das Kreuz auf den Stimmzetteln korrekt angebracht wird, so daß keine Zweifel an der Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Die Mitglieder des Landtages bitte ich, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen.

Ich appelliere an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlaufen und -stehen stören den Wahlvorgang.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Den Kollegen Sehrt bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die Wahlurnen leer sind.

(Schriftführer Sehr: Sie sind leer!)

- Der Schriftführer bestätigt, daß die Urnen leer sind. Insofern kann es weitergehen.

Bevor wir jetzt zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorganges beteiligten Präsidiumsmitglieder darauf hin, daß sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach der Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimmen abzugeben.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Frau Hansen!

(Schriftführerin Hansen verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam	Glogowski
Aller	Frau Goede
Althusmann	Golibrzuch
Frau Dr. Andretta	Grote
Bachmann	Groth
Bartling	Frau Grundmann
Beckmann	Haase
Biallas	Hagenah
Dr. Biester	Harden
Biestmann	Frau Harms
Frau Bockmann	Haselbacher
Bontjer	von der Heide
Bookmeyer	Heineking
Brauns	Heinemann
Buchheister	Frau Hemme
Frau Bührmann	Hepke
Busemann	Hogrefe
Buß	Hoppenbrock
Coenen	Horrmann
Collmann	Inselmann
Frau Conrady	Jahn
Decker	Frau Jahns
Dinkla	Jansen
Dr. Domröse	Jüttner
Frau Eckel	Kethorn
Ehlen	Klare
Frau Elsner-Solar	Knebel
Endlein	Koch
Eppers	Frau Körtner
Frau Evers-Meyer	Kopischke
Eveslage	Krumfuß
Fasold	Frau Kruse
Fischer	Frau Lau
Dr. Fischer	Lestin
Gabriel	Frau Leuschner
Gansäuer	Lindhorst

Frau Litfin
Lücht
McAllister
Meier
Meinhold
Frau Merk
Frau Meyn-Horeis
Mientus
Möhrmann
Möllring
Mühe
Frau Müller
Frau Mundlos
Nolting
Oestmann
Ontijd
Oppermann
Frau Ortgies
Frau Pawelski
Peters
Frau Philipps
Pickel
Plaue
Pörtner
Frau Pothmer
Frau Pruin
Rabe
Räke
Reckmann
Robbert
Rolfes
Frau Rühl
Frau Saalmann
Schack
Schirmbeck
Frau Schliepack

Schlüterbusch
Dr. Schneider
Schröder
Schünemann
Dr. Schultze
Schumacher
Schurreit
Frau Schuster-Barkau
Frau Schwarz
Schwarz
Schwarzenholz
Frau Seeler
Senff
Frau Somfleth
Frau Steiner
Frau Stief-Kreihe
Frau Stokar von Neuforn
Stolze
Stratmann
Dr. Stumpf
Frau Tinius
Frau Trost
Viereck
Frau Vockert
Voigtländer
Watermann
Dr. Weber
Wegner
Wendhausen
Wenzel
Frau Wiegel
Wiesensee
Dr. Winn
Frau Wörmer-Zimmermann
Wojahn
Wolf

Wolfkühler

Wulf (Oldenburg)

Wulff (Osnabrück)

Frau Zachow

Meine Damen und Herren, der Namensaufruf ist damit beendet.

Ich bitte nun die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer Herrn Lanclée, Frau Vogelsang und Herrn Sehrt, nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt dann der Sitzungsvorstand.

Herr Bundeskanzler, es ist zwar richtig, daß Sie da immer gesessen haben, aber ich muß darauf hinweisen, daß auf den Bänken nur Abgeordnete des Hauses sitzen dürfen.

(Heiterkeit - Bundeskanzler Schröder verläßt den Sitzungssaal)

Ich bitte nun Frau Hansen, zu fragen, ob Abgeordnete im Saal sind, die noch nicht gewählt haben.

Schriftführerin Hansen:

Ich frage die Abgeordneten, ob jemand nicht aufgerufen wurde und seine Stimme noch nicht abgegeben hat.

Präsident Wernstedt:

Das ist nicht der Fall. - Dann schließe ich die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich unterbreche gleich die Sitzung, bitte aber alle Mitglieder des Landtags, auf ihren Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die beim Wahlvorstand beteiligten Schriftführer Herr Lanclée, Frau Vogelsang und Herr Sehrt sowie die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten Frau Goede, Herr Gansäuer, Herr Jahn und Frau Litfin die Stimmen auszählen.

Bis wir wiederkommen, unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 11.40 Uhr.

Wiederbeginn: 11.48 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die Abgeordneten, sich wieder auf ihre Plätze zu begeben.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: 154 abgegebene Stimmzettel; keine ungültigen Stimmen; 154 abgegebene gültige Stimmen, davon 83 Jastimmen, 71 Neinstimmen und keine Stimmenthaltung.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Gemäß Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Das heißt, bei der Zahl von 157 Abgeordneten müssen mindestens 79 Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden. Es sind 83 Stimmen für den Abgeordneten Glogowski abgegeben worden. Damit ist der Abgeordnete Glogowski zum siebenten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt worden.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Die Abgeordneten der SPD erheben sich)

Herr Abgeordneter Glogowski, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Glogowski, Ministerpräsident:

Ja.

Präsident Wernstedt:

Damit sind Sie zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Glück und Erfolg.

Ich frage Sie, ob Sie in der Lage sind, dem Landtag bereits jetzt ihr Kabinett vorzustellen.

Glogowski, Ministerpräsident:

Ja.

Präsident Wernstedt:

Bitte!

Glogowski, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem mich das Hohe Haus zum Mini-

sterpräsidenten gewählt hat, wofür ich mich sehr herzlich bedanke, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Herrn Heiner Bartling als Innenminister,

Herrn Heinrich Aller als Finanzminister,

Frau Heidrun Merk als Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales - sie bestimme ich zugleich zu meiner Stellvertreterin -,

Frau Renate Jürgens-Pieper als Kultusministerin,

Herrn Dr. Peter Fischer als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,

Herrn Uwe Bartels als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Dr. Wolf Weber als Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten,

Herrn Thomas Oppermann als Minister für Wissenschaft und Kultur und

Herrn Wolfgang Jüttner als Umweltminister.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

Präsident Wernstedt:

Nach Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt über die

Bestätigung der Landesregierung

abstimmen. Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie Herr Ministerpräsident Glogowski soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Ich stelle fest: Das ist die Mehrheit des Hauses. Die Bestätigung der Landes-

regierung ist damit erteilt. Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung zu ihrer Berufung und Bestätigung.

(Starker Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung zu Beginn der Nachmittagssitzung zu vereidigen.

(Unruhe)

- Bitte laufen Sie nicht so herum.

(Heiterkeit)

Zuvor müssen jedoch die Ministerinnen und Minister durch Aushändigung der Ernennungsurkunde ernannt werden. Das wird während der Pause geschehen, zu der ich jetzt die Sitzung unterbreche.

Ich bitte alle Anwesenden zu einem Empfang in die Wandelhalle.

Wir setzen die Sitzung um 15 Uhr mit der Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten fort.

Unterbrechung: 11.57 Uhr.

Wiederbeginn: 15.03 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren mit der Sitzung fort.

Wir kommen zur

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister vorzutreten. Ich bitte Sie, sich hier vorn rechts von mir zu versammeln. Die Journalisten hier unten bitte ich, ein Stück zur Seite zu treten.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen gestattet, die Fotos der Regierungsmitglieder von hier vorn aus aufzunehmen. Wenn das dazu führt, daß die Abgeordneten die Minister nicht sehen können, dann geht das natürlich nicht.

(Unruhe)

Wir machen das jetzt so, daß ich alle Anwesenden bitte, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Minister, das Bekenntnis und der Eid sind von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie daher, nacheinander zu mir heraufzutreten und die Bekenntnis- und Eidesformel zu leisten.

Es beginnt der Herr Ministerpräsident. Herr Glogowski, bitte sehr!

Glogowski, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Innenminister Bartling!

Bartling, Innenminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Frau Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales, Frau Merk!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Frau Kultusministerin Jürgens-Pieper!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Umweltminister Jüttner!

Jüttner, Umweltminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Damit ist die neue Landesregierung verfassungsgemäß gebildet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich darf die Vertreter der Medien und die Fotografen jetzt bitten, uns arbeiten zu lassen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungsschnitt:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten Glogowski, seine Regierungserklärung abzugeben.

Glogowski, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitglieder des Landtages haben mich heute mit Mehrheit zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich danke Ihnen dafür und verspreche: Ich werde alles in meiner Kraft Stehende tun, um diesem Vertrauen gerecht zu werden und den Auftrag zu erfüllen, der mir übertragen worden ist. Ich setze dabei vor allem auf die bewährte und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der SPD-Mehrheitsfraktion, die auch die neue, von mir geführte Landesregierung trägt.

(Beifall bei der SPD)

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen bitte ich um eine konstruktive und ernsthafte Kritik und insofern um eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen des Landes Niedersachsen. Die Begleitung der Regierungsarbeit durch die parlamentarische Opposition ist für das Ansehen der Politik, aber auch der Institutionen des Staates in unserem Land, für eine lebendige Demokratie und für einen demokratischen Dialog notwendig. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Oppositionsarbeit verstärkt an den landespolitischen Aufgabenstellungen orientieren und insofern die Probleme des Landes Niedersachsen mit lösen helfen würden.

Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 30. März von dieser Stelle aus gesagt, „daß grundlegende Verbesserungen für die Perspektive unseres Landes nur möglich werden, wenn die Politik für die ganze Republik erneuert wird“. Er hat dann hinzugefügt: „Dieser Wechsel ist nötig.“ Die Mehrheit hat den Wechsel gewollt. Gerhard Schröder ist Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ein Niedersachse regiert die Bundesrepublik Deutschland. Das ist gut so, meine ich. Die Initialzündung für den Wechsel in Deutschland ging von Niedersachsen aus. Am 1. März haben unsere Bür-

gerinnen und Bürger den Grundstein für diesen Wechsel gelegt.

(Beifall bei der SPD)

Zum drittenmal nach 1990 und 1994 haben sie den Sozialdemokraten einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Sie haben damit zugleich einen Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Ich meine, es ist gut, daß auch das von Niedersachsen ausgeht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch nie gab es so viele Frauen und Männer aus Niedersachsen, die an herausragender Stelle die Bundespolitik in Bonn und später in Berlin mitgestalten. Klar ist: Dies ist gut für unser Land, weil sie unser Land kennen. Wenn man demnächst nach Berlin zu denen, die die Regierung gebildet haben und die Regierung darstellen, kommt und mit ihnen spricht, trifft man viele alte Bekannte. Auch das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir wollen auch die Neuen kennenlernen.

Klar ist auch, daß die neue Bundesregierung uns benötigt. Ich kann sehr deutlich sagen: Sie findet uns an ihrer Seite. Aber ebenso klar ist: Von selbst werden sich Vorteile daraus nicht ergeben. Deshalb werde ich die Interessen unseres Landes gegenüber Bonn und in Kürze Berlin kraftvoll und selbstbewußt vertreten. Ich verlasse mich dabei auf die Unterstützung des gesamten Hauses, wenn es darum geht, niedersächsische Interessen in Bonn und später in Berlin durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesregierung steht in der Kontinuität der Regierungserklärung vom 30. März. Für die kommenden Jahre ist gleichwohl eine Konzentration auf politische Schwerpunkte notwendig. Darauf will ich heute in einigen Grundzügen näher eingehen.

Wir leben in einer Zeit großer wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Umbrüche - weltweit, in Europa, in Deutschland und gerade auch in Niedersachsen, dem Transit- und Brückenland zwischen Ost und West. Hier spüren wir den globalen Wandel und in besonderer Weise seine Wirkungen. Manche Entwicklungen werden wir verstärken, andere eher zurückdrängen. Uns ist

dabei durchaus bewußt, daß die Möglichkeiten und auch die Einflußmöglichkeiten des Landes Niedersachsen begrenzt sind. Wir sollten das von Anfang an deutlich machen. Wir wollen gerne für das Verantwortung tragen, was in Niedersachsen mit niedersächsischer Kraft gestaltet werden kann. Manche Entwicklungen werden wir also in besonderer Weise auch unter niedersächsischen Gesichtspunkten sehen müssen.

Die Wählerinnen und Wähler dieses Landes haben sich am 1. März für die Partei und die Regierung entschieden, die sich den Anforderungen der Zukunft stellt. Sie haben damit den eingeschlagenen Kurs wirtschaftlicher Modernisierung und sozialer Verantwortung in Niedersachsen nachhaltig unterstützt. Wo immer es möglich ist, wollen wir die damit verbundenen Erwartungen der Menschen erfüllen. Darauf können sich die Menschen in Niedersachsen verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Alle unsere Anstrengungen werden weiterhin auf die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen abzielen. Die Landesregierung bleibt fest orientiert an den Interessen der Menschen, die hier leben und arbeiten. Daran wird sich vor allem die Wirtschaftspolitik der Landesregierung ausrichten, aber auch immer stärker die Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Denn Innovationen und Technologieförderung sind wesentliche Bedingungen für die Zukunftssicherung von Arbeitsplätzen.

Wir werden ferner deutlich machen, daß wirtschaftliche Erneuerung, Modernisierung unseres Staates, effiziente Bildungspolitik und soziale Gerechtigkeit zusammengehören - dies auch und gerade unter den Bedingungen der Globalisierung und einer zunehmenden Europäisierung der Politik. Wir werden weiterhin eisern sparen müssen, um dies erreichen zu können. Aber wir werden auch dafür sorgen müssen, daß die Schwachen bei diesem Sparen nicht unter die Räder kommen.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Konsens mit allen Interessengruppen, Verbänden, Organisationen, aber auch mit den Frauen und Männern, die nicht nur für sich selbst verantwortlich sind, sondern die bereit sind, für andere Verantwortung zu übernehmen.

Es ist also eine Politik des Dialogs, der Kooperation. Wir haben in Niedersachsen gute Erfahrungen

mit ihr gemacht, und wir werden diesen Weg in den nächsten Jahren fortsetzen.

Konflikte müssen ausgetragen werden, wo es unvermeidlich ist. Dazu soll man sich auch bekennen. Es hilft auch weiter, Konflikte in der Sache auszutragen. Wir sind aber davon überzeugt, daß im Konsens allemal bessere Ergebnisse erzielbar sind. Deswegen gilt, daß wir den Dialog konstruktiv, also auch ergebnisorientiert, führen werden. In Zeiten knapper Kassen ist es besonders wichtig, gemeinsam Kreativität zu entwickeln, um neue Brücken zu bauen zwischen Menschen und Institutionen, die diese Gesellschaft tragen und in ihr Verantwortung haben.

Es liegt viel Arbeit vor uns. Die kommenden Jahre werden alles andere als leicht. Es wird eine Zeit sein, die spannend ist wie keine andere und die uns Kraft, Mut, Können und auch Phantasie abverlangt, und zwar nicht nur den politisch Verantwortlichen, sondern jedem einzelnen in diesem Lande. Denn wir alle spüren ja die Veränderung, die sich in unserem Lande vollzieht, den Wandel, der notwendig ist. Wir werden die neue Bundesregierung in ihren Bemühungen nach unseren Kräften und im Sinne der Interessen des Landes Niedersachsen unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen spüren, daß die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung gleicher Startchancen neue Antworten erfordern. Wir wollen die Menschen in Niedersachsen überzeugen und gewinnen, sich aktiv und mit Zuversicht den vor uns liegenden Herausforderungen zu stellen.

Ich bin sehr optimistisch. Es gibt sehr viele Menschen in unserem Lande, die sich engagieren. Wir haben in unserem Lande ein großes Maß an Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen. Wir können dankbar sein für diejenigen, die sich in den Sportvereinen, in den Vereinen und Organisationen, in den Gewerkschaften, in den Kirchen, in Initiativen und Parteien, in Kindergärten, Schulen, in Feuerwehren, Krankenhäusern, Altenheimen und in den zahllosen anderen Hilfsorganisationen einbringen. Ich will ihnen allen - ich glaube, auch in Ihrem Namen - sehr herzlich dafür danken, denn sie leben Gemeinsinn.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei der CDU)

Dies ist praktizierte Solidarität.

Von der Landesregierung erwarten die Menschen, daß wir den Wandel gestalten. Sie erwarten, daß die Chancen für unser Land, für die Frauen und Männer, die hier leben und arbeiten, nutzbar und zugleich die Risiken beherrschbar bleiben. Die Menschen wollen ein Niedersachsen, das modern ist und in dem es gerecht und sozial zugeht, ein Niedersachsen, in dem sie sich alle sicher und zu Hause fühlen können - eben in ihrer Heimat.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist das gravierendste wirtschaftspolitische und soziale Problem der Gegenwart. In Niedersachsen sind 370.000 Menschen ohne Arbeit, 147.000 davon sind Langzeitarbeitslose, zunehmend Jugendliche. Wir werden deshalb in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unsere gesamte Kraft und unser Können investieren. Wir werden das gemeinsam mit Unternehmern und Betriebsräten tun, mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, mit Wissenschaftlern und den Verantwortlichen in den Verwaltungen, in den Kommunen, Verbänden und Kirchen.

Es gibt keinen Königsweg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber ohne die gemeinsamen Anstrengungen aller beschäftigungspolitisch relevanten Akteure in Niedersachsen werden wir nicht erfolgreich sein. Ich sage sehr deutlich: Wir fordern sie nicht nur auf, sondern wir erwarten von allen, daß sie an der Beseitigung von Arbeitslosigkeit mitwirken.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich werde mich persönlich darum kümmern, daß es in Niedersachsen schnell zu einem Bündnis für Arbeit und Ausbildung kommt. Ich meine, daß das wichtig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die ersten Signale aus Bonn zeigen, daß dies gemeinsam und in enger Abstimmung mit der neuen Bundesregierung möglich ist. Erste Gespräche, die ich hierzu in Niedersachsen mit Vertretern der Tarifparteien geführt habe, stimmen mich zuversichtlich. Ich freue mich, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits öffentlich seine Mitwirkung zugesagt hat.

Ziel dieses Bündnisses für Arbeit und Ausbildung ist vor allem die Sicherung der vorhandenen Ar-

beitsplätze in Niedersachsen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir wollen eine deutliche Verminderung der Zahl der Arbeitslosen in dieser Legislaturperiode erreichen. Das ist *das* zentrale Ziel dieser Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein ausreichendes Lehrstellenangebot, damit weiterhin jeder und jedem Suchenden ein Ausbildungsplatz offen steht. Die Landesregierung will in diesem Bündnis für Arbeit und Ausbildung vorhandene Aktivitäten und Maßnahmen bündeln. Dazu gehört an allererster Stelle die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen, daß jedem langzeitarbeitslosen jungen Erwachsenen ein Arbeits- oder Qualifizierungsangebot unterbreitet wird. Dazu gehört die Ausweitung von sozial gesicherter Teilzeitarbeit sowie der beschäftigungswirksame Abbau von Überstunden. Dazu gehört die verstärkte Förderung von Existenzgründungen. Schließlich werden wir alles, was landespolitisch möglich ist, tun, um die Rahmenbedingungen für Investitionen in Niedersachsen zu verbessern.

Auch außerhalb der Grenzen unseres Landes arbeiten Menschen aus Niedersachsen. Wir konnten gerade in beispiellos kurzer Zeit einen Staatsvertrag mit Hamburg abschließen, der eine Großinvestition auf Hamburger Staatsgebiet ermöglicht. Wenn dies gelingt, wird Tausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch aus Niedersachsen die Chance auf einen zukunftssicheren Arbeitsplatz bei Airbus eröffnet. Ich meine, daß ein Handeln über die Grenzen hinaus gut und hilfreich sein wird, wenn es darum geht, Arbeitsplätze für Bürger unseres Landes zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich den neuen Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung in der Metallindustrie. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn er weit über Niedersachsen hinaus Nachahmung finden würde. Er ist ein richtungweisendes Beispiel für Tarifpolitik insbesondere der niedersächsischen IG Metall und der niedersächsischen Metallarbeitgeber. Ich meine, sie haben damit Tarifgeschichte geschrieben. Wir wünschen uns den Erfolg dieser Initiative und werden sie positiv begleiten. Wir werden Mitglied dieser Initiative werden, um sie nachhaltig zu unterstützen und zu versuchen, die Schwierigkeiten, die es noch gibt, in den nächsten Wochen auszuräumen. Wir wollen, daß dies ein

Erfolg im Interesse von arbeitslosen Menschen in unserem Lande wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren nichts unversucht gelassen, damit so viele junge Menschen wie möglich einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir halten am dualen Ausbildungssystem fest. Hierzu gibt es keine Alternative. Eine Verstaatlichung der Ausbildung darf und wird es nicht geben. Wenn Unternehmen ausreichend Ausbildungsplätze bereitstellen, kommen sie damit nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach. Sie handeln auch klug; denn der künftige Bedarf an Fachkräften ist bereits heute absehbar. Eine vorausschauende Personalplanung darf daher Ausbildung nicht als Kostenfaktor begreifen. Ich finde, daß die diesbezügliche Diskussion, die in der letzten Zeit geführt worden ist, nicht zukunftsweisend ist. Ich meine, sie kann nicht nur ein Kostenfaktor sein. Sie ist die langfristige Sicherung eines qualifizierten Mitarbeiterpotentials, das wir benötigen, wenn wir weiterhin in vielen Bereichen in der Weltspitze produzieren wollen.

Die Zahl der Ausbildungsplätze konnte auf Landesebene bereits 1997 um 3,5 % gesteigert werden. Auf Bundesebene lag die Steigerung bei 2,3 %. In den beiden großen Ausbildungsbereichen der Handwerkskammern bzw. der Industrie- und Handelskammern, die zirka 80 % aller Ausbildungsplätze stellen, setzt sich dieser positive Trend fort. Zum Stichtag 30. September 1998 ist hier im Vergleich zum Vorjahr wiederum eine Steigerung von sogar 4,5 % zu verzeichnen. Das zeigt: Der niedersächsische Weg des Dialogs mit der ausbildenden Wirtschaft ist erfolgreich.

Die mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen stellen drei Viertel aller Arbeitsplätze und vier Fünftel aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft. Sie bringen den Strukturwandel voran und schaffen die neuen Arbeitsplätze, die wir so dringend brauchen. Kleine und mittlere Unternehmen stehen daher im Zentrum unserer Bemühungen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Sie sind Motor für Wachstum und Innovation in unserem Lande.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Das von der Landesregierung gemeinsam mit Vertretern aus Handwerk, Handel und freien Berufen erarbeitete ganzheitliche Mittelstandskonzept ist das modernste und umfassendste Mittelstandsprogramm aller Länder. Wir werden dieses fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird sich auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen. Wir werden das Mittelstandsbündnis im Dialog fortentwickeln und die vorgesehene Erhöhung des Förderfonds realisieren. Mittelstandspolitik bleibt hier in Niedersachsen Chefsache, weil dies genau der Politikbereich ist, der in Zukunft Ergebnisse verspricht und von daher in der Lage ist, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Niedersachsen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Die wirtschaftliche und technologische Modernisierung unseres Landes steht auf der politischen Tagesordnung an erster Stelle. Wir werden dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur auch künftig den steigenden Anforderungen entspricht. Niedersachsen hat als Standort für viele innovative Unternehmen in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. Unser Land ist bereit für die Herausforderungen der Zukunft. Wir verfügen über eine hervorragende wirtschaftliche Ausgangslage, die wir in den letzten Jahren kontinuierlich erarbeitet haben.

Das belegen im übrigen auch die aktuellen Wirtschaftsdaten:

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist in Niedersachsen im ersten Halbjahr das Bruttoinlandsprodukt real um 4,3 % gestiegen. Diese Steigerung war erheblich höher als der Bundesdurchschnitt mit 2,9 % und überstieg die aller anderen Bundesländer.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,2 % gestiegen, während sie im westlichen Bundesgebiet fast unverändert geblieben ist. Auch in der längerfristigen Betrachtung seit 1990 bleibt Niedersachsen an der Spitze aller alten Bundesländer. Während bei uns die Beschäftigtenzahl um 2,6 % stieg, ging sie im Durchschnitt um 1,2 % zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen, die – damit ich nicht falsch verstanden werde – immer noch viel zu hoch ist – damit das ganz deutlich ist -, ist in Nieder-

sachsen im September gegenüber dem Vormonat um 13.367 Personen und damit um 3,5 % deutlich stärker zurückgegangen als in den westdeutschen Bundesländern mit 2,4 %.

Die Zahl der Unternehmenseintragungen im Handelsregister stieg im ersten Halbjahr 1998 gegenüber 1997 in Niedersachsen um 12,9 %, während sie im Bundesgebiet um 1,4 % zurückging.

Das sind eindrucksvolle Daten und positive Entwicklungstrends. Daß wir mit den begrenzten Mitteln des Landes auf dem richtigen Weg sind, zeigt sich hieran eindeutig. Wir werden daher unsere erfolgreiche praxisorientierte Wirtschaftspolitik im Interesse auch der Unternehmen fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Innovationen in Mobilität, Kommunikation und Energie fördern und damit Zukunftspotentiale des Landes praktizieren und nutzen.

Beispiel Mobilitätswirtschaft: Die intelligente Verknüpfung von Verkehrsträgern gewinnt eine immer größere wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung. Das gilt vor allem für das Flächen- und Transitland Niedersachsen. Die Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen ist in steigendem Maße zur Quelle von Wertschöpfung und Beschäftigung geworden. Um diese Entwicklung voranzutreiben, müssen sich Mobilitätswirtschaft, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, Betreiber und Nutzer von Verkehrsdiensten sowie Verwaltung und Politik auf Kommunal- und Landesebene zusammentun. Wir regen daher die Gründung eines virtuellen Unternehmens nach dem erfolgreichen Beispiel von BioRegion auch im Bereich der Mobilität an.

(Möllring [CDU]: Wie ist das mit Transrapid?)

Ziel ist, gemeinsam Programme, Projekte und Produkte zu erarbeiten – von der Idee bis zur Markteinführung. Ich meine, daß wir damit ein gutes Instrument haben, das zukunftsgerichtet ist und eine der Stärken des Landes Niedersachsen auch in Zukunft so entwickelt, daß wir hiermit in der Bundesrepublik Deutschland an die Spitze kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Verkehrsinfrastruktur ist von herausragender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung. Die in

der Bonner Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Überprüfung des Bundesverkehrswegeplanes und die Weitergewährung der ÖPNV-Mittel durch den Bund eröffnen die Chance, hier neue Akzente zu setzen. Unser Ziel ist es, daß in dieser Legislaturperiode über 3 Milliarden DM in die Schienenwege, die Umschlagplätze und den Bau kommunaler Straßen investiert werden. Ich meine, das ist das Investitionsprogramm überhaupt hier in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel Kommunikation: Der Einführung und Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechniken mißt die Landesregierung weiter eine hohe volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Wir werden uns daher auch künftig in der Multimedia-Initiative engagieren, um durch angewandte Technologie- und Wirtschaftspolitik den Strukturwandel auf dem Weg in die Informationsgesellschaft zu beschleunigen. Über 50 Multimedia-Anwendungsprojekte mit einem Wertschöpfungsvolumen in Höhe von rund 110 Millionen DM sind in der Realisierung.

Beispiel Energie: In Niedersachsen werden inzwischen 770 Megawatt Strom aus Windkraft erzeugt. Damit liegen wir auf Platz 1 in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den Ausbau fortsetzen und damit die Zukunft einer aufstrebenden Branche und viele tausend Arbeitsplätze in Niedersachsen sichern.

Auch die Solarenergie bietet in Niedersachsen ein großes Potential. Wir setzen unsere Förderung in diesem Bereich fort. Und nicht nur das: Wir stützen um 20 Millionen DM auf.

Die Liste der Beispiele für die zukunftsweisende Wirtschafts- und Technologiepolitik der Landesregierung ließe sich noch fortsetzen. Denn auch im Bereich der Biotechnologie, der Materialtechnologie, der industriellen Lasertechnik und der Mikrosystemtechnik sind niedersächsische Unternehmen und Forschungseinrichtungen bundesweit mit an der Spitze. Wir werden mit dem Aktionsprogramm „Wissenschaft und Wirtschaft für neue Arbeitsplätze“ für eine noch stärkere Verknüpfung der Potentiale unserer Hochschulen mit Vorhaben der Wirtschaft sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich davon spreche, daß es "niedersächsischer" wird, dann geht es auch darum, diese Spitzentechnologien, die es in Niedersachsen gibt, weiterhin an die bundesrepublikanische Spitze, ja an die europäische Spitze zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Chancen für unser Land bieten aber nicht nur die neuen Technologien und die Branchen, die darauf aufbauen. Sowohl die Landwirtschaft als auch klassische Industrien wie die Automobilindustrie und die Stahlindustrie haben im internationalen Wettbewerb große Zukunftschancen, weil sie sich rechtzeitig den globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen gestellt haben.

Mit Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke haben wir erstmals die Chance, eine niedersächsische Handschrift in die Agrarpolitik des Bundes einzubringen. Das ist auch gut für unsere Bauern.

(Beifall bei der SPD)

Bei uns in Niedersachsen wird Uwe Bartels für Kontinuität in der Landwirtschaftspolitik sorgen. Er wird die niedersächsischen Vorstellungen zur Agenda 2000 mit Nachdruck vertreten. Leitmotiv unserer Agrarpolitik wird künftig noch stärker die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungswirtschaft von der Urproduktion über die Verarbeitung bis auf die Ladentheke sein. Ich meine, daß damit auch das Landwirtschaftsland Niedersachsen eine gute Zukunft haben kann.

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen ist einer der bedeutendsten Automobilstandorte Europas. Das soll so bleiben. Wir wollen, daß auch in Zukunft Autos aus Niedersachsen in aller Welt gefahren werden. Das werden andere Autos sein: sicherere, sparsamere und in möglichst vielen Komponenten wiederverwertbare. Deshalb freue ich mich, daß ein niedersächsisches Unternehmen, an dem das Land beteiligt ist und beteiligt bleibt,

(Beifall bei der SPD)

nämlich die Volkswagen AG, den weltweiten Wettbewerb um das Drei-Liter-Auto gewonnen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine hervorragende Tat von Wissenschaftlern, Technikern, von denen, die hier bei uns in Niedersachsen daran gearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir können stolz darauf sein, nein, wir sind stolz darauf, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkswagen AG hier an hervorragender Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsleistung zuwege gebracht haben. Dies ist Zukunft.

Vor dem Hintergrund des verschärften globalen Wettbewerbs ist die Qualifikation der Manager in Unternehmen von zunehmender Bedeutung. Gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen wie dem Software-Haus Baan in Hannover wollen wir schon 1999 eine „Business School“ für Hochschulabsolventen und für das operative Management eröffnen. Die „German International School of Management and Administration“ ist die erste Einrichtung ihrer Art hier in Deutschland. Wir haben damit ein wichtiges Signal zur weiteren Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen gesetzt. Ich meine, daß auch das Zukunft ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu regionaler Kooperation ist zu einem der wichtigsten Faktoren einer zukunftsorientierten regionalen Entwicklung geworden. Das enge Zusammenwirken der Akteure vor Ort ist die Grundlage für eine mitgestaltende und mitverantwortende Regionalpolitik. Wir wollen deshalb die erfolgreiche regionalisierte Strukturpolitik nicht nur fortsetzen, sondern noch intensivieren. Wir wollen ihr neuen Schwung geben. Wir brauchen die Kreativität der Frauen und Männer in den schönen Regionen des Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD - Oestmann
[CDU]: In den unattraktiven nicht?)

Für mich hat die Zusammenarbeit im deutsch-niederländischen Grenzraum wegen ihrer Entwicklungsperspektive und wegen ihrer Bürger- und Praxisnähe Vorbildcharakter. Auch in der Küstenregion mit ihrer besonderen Problematik finden sich die regionalen Akteure zu gemeinsamen Initiativen zusammen. Sie können mit der Unterstützung der Landesregierung rechnen. Wir brauchen sie. Sie brauchen uns. Sie können sich auf uns, die Landesregierung, verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem Bündnis für Arbeit und Ausbildung, dem Mittelstandsprogramm und der Modernisie-

rung unserer Wirtschaft ist die Bildungspolitik ein zentraler Schwerpunkt für die Sicherung und den Ausbau von Beschäftigung in Niedersachsen. Die entscheidende Investition in die Zukunft und zugleich die Antwort auf die sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts ist die Qualifizierung der Menschen. Bildung und Ausbildung sind immer noch die beste Vorsorge und die beste Versicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind alle für Bildungsqualität Verantwortlichen gefordert: der Staat, die Schulen, die Fachhochschulen und Universitäten, die Wirtschaft, die Lehrenden, die Lernenden und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Eltern.

Unsere Hochschulen spielen eine entscheidende Rolle auf dem Weg zur modernen Wissensgesellschaft. Die Landesregierung steht zu ihrer mit den Hochschulen verabredeten Innovationsoffensive. In einem Volumen von 50 Millionen DM werden in den kommenden Jahren Mittel zugunsten von innovativen Studiengängen und Forschungsschwerpunkten umgeschichtet. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Hochschulen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen zu garantieren. Dies schafft ebenso Planungssicherung wie der vor wenigen Wochen neu eingerichtete Hochschulbauplafond, der Ausbau und Modernisierung unserer Hochschulgebäude absichert.

Die Forschungs- und Wissenschaftspolitik der Landesregierung wird sich künftig noch stärker als bisher als Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung unseres Landes verstehen. Das Potential unserer Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, also für die Schaffung von mehr Beschäftigung, ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Wissenschaft muß früher als bisher erfahren, was Wirtschaft und Gesellschaft brauchen. Die Unternehmen brauchen einen schnelleren Einblick in die Erkenntnisse der Wissenschaft. Es geht eben darum, daß Innovationen in unserem Lande schneller werden. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir in der weltweiten Konkurrenz nicht mithalten können. Wir werden in den kommenden Jahren deshalb dafür sorgen, daß sich die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen in Niedersachsen deutlich verbessern. In der Partnerschaft mit mittelständischen wie mit international operierenden Unternehmen werden Hochschulen zu regionalen Entwicklungs- und Innovationszentren.

Es ist ganz wichtig, daß sich die Universitäten in der jeweiligen Region, in der sie beheimatet sind, als Entwicklungs- und Innovationszentrum für die Wirtschaft, die um sie herum lebt und arbeitet, verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen ist ein exzellenter Forschungs- und Wissenschaftsstandort. Mit einem „Forschungs-Investitionsprogramm Niedersachsen“ werden wir in den nächsten vier Jahren 1,2 Milliarden DM in Wissenschaft und Forschung investieren, damit die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens gesichert ist. Beispielhaft nenne ich den Bau des Zentrums für molekulare Biowissenschaften und der neuen Physik in Göttingen. In Hannover entsteht in der Medizinischen Hochschule ein Transplantationszentrum, mit dem der Kompetenzvorsprung auf diesem Gebiet ausgebaut wird. In Braunschweig bündeln wir am Forschungsflughafen die Kompetenzen in der Luft- und Raumfahrt. Auf dem EXPO-Gelände wird in der Nachnutzung ein Zentrum für die Kommunikations- und Medienwissenschaften entstehen. Auch unsere Beteiligung am geplanten Internationalen Neurologischen Institut - ebenfalls Spitze in der Welt! - leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung des Landes Niedersachsen. Ich meine, daß dieses Forschungs-Investitionsprogramm Niedersachsen eine ehrgeizige Aufgabe darstellt, deren Bewältigung dazu beiträgt, daß die Zukunft in Niedersachsen schon heute gesichert wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Satz, daß Investitionen in Bildung und Wissenschaft Zukunftsinvestitionen sind, ist nicht neu. Dieser Satz gilt auch für die künftige wie auch die bisherige Schulpolitik in Niedersachsen. Für die Unterrichtsversorgung heißt das: Wir werden den notwendigen Unterricht in unseren Schulen sicherstellen und hierfür Vorsorge in der Mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen treffen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Möllring [CDU]: Durch Hausmeister!)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, was ich nicht verstehe, ist, daß Sie bei einem solchen Satz nicht euphorisch mitgeklatscht haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich sage das noch einmal - vielleicht verstehen Sie das dann, Herr Möllring, und klatschen doch noch -: Wir werden den notwendigen Unterricht in unseren Schulen sicherstellen und hierfür Vorsorge in der mittelfristigen Finanzplanung treffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Frau Vockert [CDU]: Wer soll das noch glauben?)

Wünschbares darüber hinaus wird aber nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes erfüllt werden können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Niedersachsen liegt mit seinen Bildungsstandards im Bundesdurchschnitt,

(Lachen bei der CDU)

in puncto Klassenfrequenz sind wir besser. Die Landesregierung wird weiter dafür Sorge tragen, daß unsere Kinder trotz steigender Schülerzahlen auch künftig eine ebenso gute Ausbildung erhalten wie in den anderen Ländern.

(Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Wie war das mit dem „Hängenlassen“?)

Mit dem „Konzept 2003“ ist sichergestellt, daß alle in den kommenden fünf Jahren frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzt werden. Insgesamt werden wir danach in dieser Legislaturperiode 15.000 neue Lehrkräfte auf Dreiviertel-Teilzeitbasis einstellen. Das heißt, ein Viertel der Lehrerschaft wird erneuert. Die Kollegien im Lande Niedersachsen werden jünger.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Guckt den Aller an!)

Die Einrichtung von Arbeitszeitkonten trägt bereits im laufenden Schuljahr zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bei. Hiermit wird die Zahl der Lehrerstunden bei steigenden Schülerzahlen erhöht und später bei sinkenden Schülerzahlen reduziert - ein Baustein finanzierbarer und moderner Schulpolitik. Wir werden daran festhalten, daß der Einsatz unserer Lehrkräfte zugunsten der Unterrichtsversorgung weiter optimiert wird. Fortbildungen, Planungen und Betriebsausflüge gehören in die unterrichtsfreie Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Dafür werden wir Präsenztage einführen.

Wir werden uns auf drei Reformvorhaben im Schulbereich konzentrieren.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Ausbau der vollen Halbtagschule wird weitergehen. Wir werden 100 Schulen im Jahr, in, wie sie künftig heißen sollen, „verlässliche Grundschulen“ umgestalten.

(Beifall bei der SPD)

Weiter geht es auch mit zusätzlichen Mittags- und Nachmittagsangeboten und mit Integrationsmaßnahmen für behinderte Kinder.

Aber Bildung lebt keineswegs, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur vom Geld. Mehr Bildung ist auch durch größere Anstrengungen aller Beteiligten in unseren Schulen erreichbar. Das sind die Lehrkräfte, die Schüler und die Eltern gleichermaßen. Im übrigen leisten unsere Schulen eine gute Arbeit. - An dieser Stelle könnten Sie auch ruhig einmal klatschen. Das stimmt nämlich.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Gutes kann noch besser werden. Deshalb wollen wir einen Qualitätswettbewerb unserer Schulen untereinander, um sie vergleichbarer zu machen.

Die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich seit der Vereinigung für alle öffentlichen Haushalte dramatisch verändert.

(Fischer [CDU]: Jetzt kommt der Finanzierungsvorbehalt!)

Die Handlungsspielräume sind so eng wie nie zuvor. Dies ist wohl die Folge der deutschen Einheit, dies ist aber auch und vor allem die Folge einer völlig verfehlten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz- und Steuerpolitik der alten Bundesregierung.

(Starker Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Frau Pawelski [CDU]: Jetzt müssen Sie ernst bleiben! Nicht lachen! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im übrigen sind auch die Ursachen dafür bekannt. Es sind die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die schwa-

che Binnenkonjunktur, die vielen steuerrechtlichen Änderungen in der Vergangenheit. Letzteres hieß in der Vergangenheit "Steuersparmodelle", die zur Steuervermeidung bis hin zur Steuerflucht geführt haben.

Für den Bund hatte allein die steuerliche Entlastung der Betriebe Mindereinnahmen in Höhe von rund 37 Milliarden DM zur Folge. Bei den Ländern fehlten aber 48 Milliarden DM und bei den Kommunen noch einmal 30 Milliarden DM in den Kassen. Das heißt, zwei Drittel aller Steuerausfälle in Höhe von 110 Milliarden DM hatten in den letzten Jahren Länder und Gemeinden zu verkraften. Das muß man hier noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Auch für den uns vorliegenden Doppelhaushalt werden wir auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres mit einem Minus von mehr als 2 Milliarden DM rechnen müssen. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik wird deshalb auch in den kommenden Jahren den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung fortsetzen. Wir werden den eiserne Sparkurs nicht verlassen. Im Gegenteil: Die Situation der Landesfinanzen erzwingt weitere Kürzungen und schmerzhaft Einschnitte.

Wir setzen Prioritäten; das haben Sie bereits gesehen. Vieles von dem, was politisch sinnvoll und wünschenswert wäre, können und – so sage ich jetzt sogar noch sehr viel deutlicher – dürfen wir uns in Zukunft nicht mehr leisten.

(Zustimmung bei der SPD)

- Das sind nur die Finanzpolitiker, die jetzt klatschen. Meine sehr verehrten Damen und meine Herren, an einer Kultur des Sparens kann man auch Freude entwickeln. Ich sage Ihnen das ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD – Gabriel [SPD]:
Herr Ministerpräsident, das setzt aber Phantasie voraus!)

Wir werden den Reformbegriff für alle Bereiche der Landespolitik erneuern müssen. Das bedeutet: Es geht in den vor uns liegenden Jahren darum, mit dem gleichen Geld ein Mehr an Innovationen und Reformen anzustoßen, mehr Kreativität, mehr Ideen und mehr Engagement zu entwickeln. Niemand kann dabei aber auf mehr Geld hoffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Konsolidierung bedeutet auch: Das Land wird sich aus denjenigen Bereichen der Landespolitik zurückziehen, die nicht zu seinen eigentlichen Aufgaben gehören. Dieser Prozeß soll ohne soziale Brüche gestaltet werden. Die Ergebnisse unserer bisherigen Konsolidierungsbemühungen können sich sehen lassen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde Ihnen jetzt einige Zahlen dazu vortragen, die deutlich machen, daß wir gehandelt haben:

Erstens. Niedersachsen hat seit 1990 bei den bereinigten Ausgaben mit einem Plus von 23,8 % die drittniedrigste Steigerungsrate unter allen westdeutschen Flächenländern. Niedersachsen liegt damit deutlich vor Baden-Württemberg mit 26,4 % und Bayern mit 39,8 %.

Zweitens. Das gleiche gilt für die Neuverschuldung. Auch hier liegt Niedersachsen mit einem Plus von 18,2 % seit 1995 an drittletzter Stelle. Damit sind wir als strukturschwaches Flächenland besser als reiche Länder wie Hessen mit 19,9 % oder Bayern mit 20,1 %.

Drittens. Beim Zuwachs der Personalausgaben liegen wir sogar an vorletzter Stelle mit 26,8 % Zuwachs seit 1990, und zwar deutlich vor den angeblichen Musterländern Bayern mit 32,3 % und Baden-Württemberg mit 34,2 %.

Wir haben bis Ende dieses Jahres 7.060 Stellen in der Landesverwaltung abgebaut. Dieser Abbau wird gezielt und sozialverträglich fortgesetzt. Es bleibt bei der Zielvorgabe von minus 5.000 Stellen in der laufenden Legislaturperiode. Das ist schmerzlich, muß aber sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen: Vieles von dem – ich komme gleich noch zur Staatsmodernisierung – haben wir in einer guten Zusammenarbeit auch mit den Gewerkschaften erreichen können. Ohne deren große Bereitschaft, hier mitzuwirken, wäre das nicht möglich gewesen. Ich sage das nicht mit Blick auf den Abbau von Stellen; denn das ist nicht Gewerkschaftsaufgabe, sondern unsere Aufgabe. Aber die Voraussetzung dafür, nämlich die Staatsmodernisierung, war zu einem wesentlichen Teil diese Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Misere der kommunalen Finanzen hat die gleichen Ursachen, die ich schon für das Land be-

schrieben habe. Bei der Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs wird die Umsetzung der Vorgaben des Staatsgerichtshofs zur Verteilungssymmetrie zu einer Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um ca. 300 Millionen DM führen. Mit dem Haushaltsbeschluß des Kabinetts am 13. November erhalten die Kommunen Planungs- und Investitionssicherheit. Am 13. November wird der Haushalt im Kabinett beschlossen.

Mit großem Interesse hat die Landesregierung die Diskussion über die Bildung der „Region Hannover“ verfolgt. Da die Beteiligten jetzt Einvernehmen darüber erzielt haben, wird die Landesregierung die notwendigen Schritte zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzes einleiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ein ehrgeiziges Ziel: Rechtzeitig zur Kommunalwahl im Jahr 2001 soll dieses Gesetz verabschiedet werden.

Die Anforderungen an staatliches Handeln werden in Zukunft nicht abnehmen, sondern wachsen. Die neuen Herausforderungen können aber nicht nach alten Mustern und in herkömmlichen Strukturen gelöst werden. Der Staat muß auch künftig seiner Verantwortung für wirtschaftliche Erneuerung, soziale Sicherheit und ökologische Zukunftsvorsorge gerecht werden. Er muß weiterhin in der Reichweite der Menschen sein, aber nicht als überkommener Regelungsstaat, sondern als Partner der Bürgerinnen und Bürger.

Die Landesregierung orientiert sich bei ihren erfolgreichen Bemühungen am Leitbild eines „aktivierenden“ Staates und nicht etwa dem des „schlanken“ Staates. Das bedeutet: Dort, wo sich staatliche Leistungen in ihrer Struktur bewährt haben, werden sie auch künftig ihren Platz haben. Wo sie sich aber nicht bewährt haben, werden wir sie auch nicht mehr wahrnehmen.

(Möllring [CDU]: Ein Beispiel!)

Wir wollen aber einen Staat, der eigenverantwortliches Handeln ebenso fördert, wie er vorhandene Selbsthilfepotentiale von Empfängern staatlicher Leistungen aktiviert. Unser Ziel bleibt weiterhin ein gestaltungs- und handlungsfähiger Staat, der wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit in sich vereint.

Staatsmodernisierung und Reform der Verwaltung sind zentrale Aufgaben dieser Legislaturperiode.

Die Verwaltungsreform bleibt Aufgabe aller Ministerien, aller nachgeordneten Behörden, aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Die Steuerung des Gesamtprozesses wie die des notwendigen gesellschaftlichen Diskurses wird zukünftig von der Staatskanzlei aus geschehen. Ich werde einen Beauftragten mit besonderen Rechten einsetzen. Es wird eine Aufgabe insbesondere der Staatskanzlei sein, auf diesem Gebiet zu koordinieren. Wir werden in dieser Frage Dampf machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das im übrigen auch schon mit dem Haushaltsplanentwurf einbringen, so daß Sie dann etwas Nachlesbares und Diskutierbares in Händen haben werden.

Die Landesregierung wird gewährleisten, daß sich künftig auch die Justiz stärker als Dienstleister gegenüber der Gesellschaft und – im Bereich der Strafrechtspflege – als Mitgarant der inneren Sicherheit begreift. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen gut, schnell und bürgerfreundlich zusammenarbeiten. Diesem Ziel dient die Modernisierung der Justiz.

Die wirkungsvollste Entlastung der Justiz aber besteht darin, gerichtliche Aufgaben abzubauen, wo dies ohne Beeinträchtigung des Rechtsschutzes möglich ist. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um durch Änderungen des Prozeß- und Gerichtsverfassungsrechts zu Vereinfachungen zu kommen. Gerade in diesem Punkt vertrauen wir auf die Reformfreudigkeit der neuen Bundesregierung, die sich vorgenommen hat, eine umfassende Justizreform auf den Weg zu bringen. Wir werden diesen Reformprozeß, der zu tiefgreifenden Veränderungen auch der niedersächsischen Justiz führen wird, konstruktiv begleiten.

In vielen Bereichen der Landesverwaltung sind Produktivitätssteigerungen und ein weiterer Aufgabenabbau möglich. Die Einführung neuer Steuerungsmodelle, deren Prinzipien sich mit Dezentralisierung, Deregulierung und Delegation umreißen lassen, ist schon heute in vielen Bereichen weit gediehen. Das gilt ebenso für die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente, die auf allen staatlichen Ebenen zu mehr Qualitätssicherung und zu weniger Ressourcenverbrauch führen werden.

Wir werden auch alle Sachleistungen des Landes sorgfältig überprüfen. Dazu gehören Leistungsge- setze ebenso wie freiwillige Zuwendungen des Landes. Wir werden sie dann zurückführen, wenn der inzwischen erreichte Standard ihre Fortführung nicht mehr erfordert. Dies gilt auch für die Lei- stungen mit fürsorgerischem Charakter; denn diese Mittel sollten nur die wirklich Bedürftigen erhal- ten. Von den Empfängern institutioneller Förde- rung erwarten wir, daß sie wie unsere Landesbe- hörden ihre internen Optimierungsmöglichkeiten in Verfahren und Verwaltungsstrukturen nutzen.

Schließlich werden wir uns mittelfristig von sol- chen Aufgaben trennen, die andere besser und effi- zienter erledigen können. Auch dies ist ein Gebot sparsamer Politik. Damit aber keine Mißverständ- nisse aufkommen, meine Damen und Herren: Sparsamkeit ist nicht das Ziel der Politik der Lan- desregierung, sondern sie ist wesentliche Voraus- setzung dafür, daß wir Politik in Zukunft überhaupt noch gestalten können.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt: Mit dem Haushaltsplanentwurf wer- den wir hierzu Sichtbares vorlegen.

Die technische Modernisierung der Landesver- waltung wird in den nächsten Jahren beschleunigt. Bis Ende des Jahres 2001 werden wir weitere 200 Millionen DM in eine umfassende und lan- desweite Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnik investieren.

Das Land verfügt über großen Liegenschaftsbesitz. Wir müssen und wollen alles tun, um diese Res- sourcen wirtschaftlicher zu nutzen und um stille Reserven zu aktivieren und zu verkaufen, soweit wir sie nicht unbedingt für die Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigen. Dazu bauen wir bis zum Jah- re 2001 ein integriertes Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagement auf, das wesentlich mehr als bisher betriebswirtschaftlichen Anforderungen genügt.

(Eveslage [CDU]: Endlich!)

Als zentrales Steuerungsinstrument stelle ich mir dazu die Schaffung eines landeseigenen Liegen- schaftsfonds vor, in dem sämtliche Grundstücke und Gebäude zusammengefaßt werden.

Ich gehe davon aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß durch eine entsprechende Umor- ganisation wie in der Privatwirtschaft 10 bis 20 %

Flächen- und Kostenersparnisse erzielt und in nicht unerheblichem Umfang Grundstücke verkauft werden können. Dies zeigen erste Untersuchungen, die wir gemacht haben, und auch erste Gespräche, die ich während der Vorbereitung dieser Regie- rungserklärung geführt habe. Wir wollen eine Vermarktungsgesellschaft ins Leben rufen, die entbehrliche Grundstücke und Gebäude übernimmt und veräußert. Ich meine, daß die Erlöse durch eine solche Vermarktungsstrategie auf 100 Mil- lionen DM jährlich gesteigert und damit gegenüber heute mehr als verdoppelt werden können.

Zusammen mit den Einsparungen für Betriebs- und Bewirtschaftungskosten werden damit zwischen 100 Millionen und 150 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung stehen. Diese sollen nicht im Haushalt "verschwinden", sondern es ist Ziel dieser Regie- rung, diese für Zukunftsinvestitionen im Lande Niedersachsen zu nutzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform sind nicht Selbstzweck. Sie sind ein Gebot praktischer Vernunft. Wir wollen und werden deshalb öffentli- che Dienstleistungen verbessern und Entscheidun- gen beschleunigen. Gerade weil die Leistungen der Landesverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger künftig besser erfahrbar werden sollen, ist Staats- modernisierung aber auch ein Beitrag zu mehr Lebensqualität in unserem Land - im übrigen, da bin ich ganz sicher, auch für die Beschäftigten in unserem Lande. Ich sage noch einmal ganz deut- lich: Ich habe den kritischen Dialog mit den Ge- werkschaften, die uns in diesen Fragen begleitet haben, in den vergangenen Jahren als außerordent- lich wohltuend empfunden, gerade im Bereich der Verwaltungsreform. Ich werde deutlich machen, daß wir die Gewerkschaften in den Gremien, die wir bilden werden, bzw. an der Diskussion, die wir zu diesem Zwecke führen werden, nach den guten Erfahrungen, die wir gemacht haben, natürlich und selbstverständlich weiter beteiligen werden. Ich verspreche mir von dieser Zusammenarbeit eine gute Zukunftsarbeit für einen aktivierenden Staat und für eine Verwaltung, die leistungsfähig ist, und ich danke den Gewerkschaften an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes werden immer häufiger in Brüssel, also auf europäischer Ebene, getroffen. Der Start der Währungsunion am 1. Januar 1999 ist

dafür ein sichtbarer Ausdruck. Wir wollen ein starkes Niedersachsen, stark in Europa, stark im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir werden deshalb im Rahmen der Mitwirkungsrechte der Länder mehr Einfluß auf europäische Politik nehmen. Subsidiarität muß für Europa zwingend sein. Sie darf nicht nur eine immer wieder genannte Floskel sein. Wir wollen nicht, daß Europa überbürokratisiert wird. Wir wollen ein starkes Europa, aber wir wollen ein Europa, das die Regionen nicht nur leben läßt, sondern die Aktivitäten der Regionen unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu wollen wir mit dem Ziel, Hilfen für strukturschwache Teile unseres Landes zu erhalten, Einfluß auf die Gestaltung der Strukturfonds nehmen. Dies wird eine schwierige Aufgabe sein. Zwischen 1994 und 1999 flossen bzw. fließen 1,4 Milliarden DM aus diesen Mitteln in das Land Niedersachsen. Das ist ein großer Batzen Geld, um den es hier geht. Bei der anstehenden Neuordnung der Fonds geht es um bedeutsame Weichenstellungen für die nächsten Jahre. Ich werde mich persönlich um die Interessen Niedersachsens auf europäischer Ebene kümmern. Die Koordination der vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung werde ich in der Staatskanzlei konzentrieren.

(Beifall bei der SPD)

Zur Umweltpolitik verweise ich auf die Regierungserklärung vom 30. März. Wir bleiben auf unserer bisherigen Linie. Einen Aspekt daraus möchte ich aber heute besonders ansprechen: Mit der Bildung der neuen Bundesregierung haben sich die Rahmenbedingungen für die Umwelt- und Energiepolitik in Niedersachsen verbessert. Der Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie ist greifbar nahe. Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen der neuen Bundesregierung um einen Energiekonsens. Davon erwarten wir erstens die Unterbrechung der Erkundungsmaßnahmen ebenso wie die Beendigung von Einlagerungen in Gorleben und zweitens die Beendigung des Projekts Schacht Konrad. Drittens wiederhole ich meine bekannte Überzeugung: Verträge - auch internationale Verträge - sind Menschenwerk. Es muß möglich sein, die zur Wiederaufarbeitung vorgesehenen atomaren Abfälle so lange in ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen zu belassen, bis ein Bundesendlager zur Aufnahme atomarer Abfälle errichtet ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Möllring [CDU]: Wo denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich: Ich will nicht mehr - ich habe da hinreichende Erfahrungen gemacht -, daß von anderen durch CASTOR-Transporte Unfrieden in das Land Niedersachsen hineingetragen wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Land Niedersachsen ist ein sicheres Land. Wir haben dies in den vergangenen Jahren durch eine moderne Innen- und Rechtspolitik gewährleistet. Darüber haben wir viele kontroverse Diskussionen geführt. Das, was dazu in der Bonner Koalitionsvereinbarung ausgesagt worden ist, finde ich gut, im wesentlichen, daß zur Innenpolitik nichts Neues gegenüber dem, was zur Zeit Rechtskraft hat, vereinbart worden ist.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von Möllring [CDU])

Damit wird es möglich, Innenpolitik in Kontinuität fortzusetzen. Heiner Bartling wird als neuer Innenminister die bisherige Politik bruchlos fortsetzen. Ich bin stolz darauf und froh, daß er die Innenpolitik im Lande Niedersachsen künftig vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Die in der Bonner Koalitionsvereinbarung vorgesehene Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes findet unsere ausdrückliche Unterstützung. Sie trägt zur Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und damit auch zum inneren Frieden in unserem Lande bei. Ich meine, daß wir damit in Niedersachsen ein Stück mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zusammenrücken und Integration verbessern können. Es wird dadurch ein Stück friedlicher werden, und für die Menschen wird es eine gute, sichere Zukunft geben. Ich meine, daß das ein gutes Signal für ein gutes Zusammenleben in unserem Lande ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für viele Menschen in unserem Lande - für mich, wie Sie wissen, auch - ist der Sport ein wichtiger Lebens- und Erlebnisbereich. Er ist zudem ein Wirtschaftsfaktor mit hohen Zuwachsraten. Wir werden des-

halb in enger Abstimmung mit den Sportverbänden die vorhandene Infrastruktur für den Breiten- und Spitzensport sichern helfen. Dies ist auch eine Anerkennung gegenüber allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sportvereinen für ihr freiwilliges, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Ich meine, wir haben eine gute Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und seinen Verbänden. Die werden wir fortsetzen, und ich meine, es wird auch in Zukunft eine gute Situation für den niedersächsischen Sport geben.

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen ist ein Land mit regional unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Wie Sie wissen, habe ich mich damit auch persönlich intensiv beschäftigt und bin durchaus in der Lage, bezüglich einiger Regionen mit ernstzunehmenden Historikern zu diskutieren. Wir werden die kulturellen Entwicklungen in den Regionen ebenso unterstützen wie Projekte von nationaler und internationaler Bedeutung. Damit leisten wir zugleich auch Beiträge zur Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat wie zur Attraktivität der Lebens- und Wirtschaftsstandorte. Ich meine, wir sollten diesen Begriff der Heimat gerne, stärker und mehr verwenden. Es ist unsere jeweilige Heimat, auf die wir hier in Niedersachsen stolz sein können und stolz sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales besteht nun seit dem 1. Juli 1998. Wir können feststellen, daß die Zusammenlegung von Frauen- und Sozialministerium die Frauenpolitik im Lande gestärkt hat.

(Lachen bei der CDU - Frau Pawelski [CDU]: Wo denn?)

- Ich habe dazu in der letzten Zeit eine ganz positive Wahrnehmung gehabt.

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist aber Ihre sehr persönliche Wahrnehmung!
- Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch deswegen davon überzeugt, weil jetzt in einem Ministerium auch die Instrumente vorhanden sind, um Frauenpolitik betreiben zu können.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Das haben wir früher gefordert!)

Ich habe Frau Ministerin Heidi Merk zu meiner Stellvertreterin bestimmt und damit die Frauenministerin des Landes Niedersachsen ganz bewußt zur Stellvertreterin des Ministerpräsidenten gemacht. Auch das ist ein deutliches Signal in diese Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Spektrum des neu gebildeten Ministeriums, insbesondere die Verknüpfung von Frauen- und Arbeitsmarktpolitik, bietet eine Vielzahl von Chancen, der niedersächsischen Frauenpolitik neue Schubkraft zu geben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sollten diese nutzen. Die eigenständige Frauenförderpolitik wird ebenso beibehalten wie die frühzeitige Einbeziehung der Gleichstellungsproblematik in alle Entscheidungsprozesse und Strategien.

Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe. Sie obliegt nicht nur dem Ministerium, sondern sie ist auf viele Schultern verteilt, nämlich auf die Schultern *aller* Mitglieder der Landesregierung.

(Frau Harms [GRÜNE] lacht)

Das ist für uns eine Garantie für eine erfolgreiche Politik, und es ist auch eine Garantie für die Frauen, meine ich, daß es in Zukunft wirklich weiter darum geht, den Stellenwert von Frauenpolitik zu verbessern und damit auch eine neue Qualität zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in der Sozialpolitik ist die von uns gewollte Verknüpfung von Modernisierung und sozialer Verantwortung unverzichtbar. Wir werden verhindern, daß Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Invalidität und Behinderung ins soziale Abseits führen. Da aber die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand knapper geworden sind, gibt es auch in der Sozialpolitik Handlungsbedarf. Wir werden daher den Mitteleinsatz optimieren und zielgerichtet und sehr wirtschaftlich fördern bzw. unterstützen. Verfahren und Verwaltung müssen auch hier möglichst kostengünstig gestaltet wer-

den; denn bei den Betroffenen und Hilfebedürftigen muß ein Maximum von dem ankommen, was wir uns noch leisten können.

In 19 Monaten wird Niedersachsen für ein halbes Jahr Gastgeber der ganzen Welt sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werden Treffpunkt aller Nationen, Regionen und Kulturen sein, nicht nur geographischer Orientierungspunkt für viele Millionen Menschen, die aus ganz Deutschland und aus allen Himmelsrichtungen aus der ganzen Welt zu uns nach Niedersachsen kommen werden.

(Zustimmung von Möllring [CDU])

Auch wenn es manchmal nicht den Anschein hat - ich sage es deswegen ganz bewußt und ganz deutlich -: Die EXPO findet statt, und sie wird ein Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Sie wird die bedeutendste nationale Veranstaltung in der Bundesrepublik Deutschland zur Jahrtausendwende sein.

(Möllring [CDU]: Nach dem Karneval in Braunschweig!)

- Wenn Sie, sehr geehrter Herr Möllring, sagen „Nach dem Karneval in Braunschweig!“, dann - das muß ich Ihnen ganz deutlich sagen - ist das Ihr Niveau. Beides sind hervorragende Veranstaltungen, aber die EXPO ist - das sage ich ausdrücklich - die bedeutsamere, und das sollten auch Sie wissen.

(Beifall bei der SPD)

Die Niedersächsische Landesregierung sieht die EXPO als einmalige Chance, der Welt unser Land, seine Leistungsfähigkeit und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch seine Liebesswürdigkeit zu zeigen.

(Frau Pawelski [CDU]: O ja!)

Wir Niedersachsen werden wie immer hervorragende Gastgeber sein und damit dazu beitragen, daß die Weltausstellung ein Erfolg und ein Gewinn für unser Land und für die Menschen, die hier leben, wird.

Niedersachsen ist ein stetig wachsendes Land. Allein in diesem Jahrzehnt zogen 700.000 Men-

schen nach Niedersachsen. Unsere Bevölkerung wuchs in diesem Zeitraum um rund 10 % auf 7,8 Millionen Menschen. Kein anderes Land der Bundesrepublik Deutschland verzeichnete damit höhere Zuwanderungsraten. Hierauf können wir aus mehreren Gründen stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zum einen bestätigt es, daß die Menschen Niedersachsen, seine Wirtschaft, seine Natur und seine Kultur schätzen. Zum anderen zeigt es, daß Niedersachsen ein aufgeschlossenes Land ist. Nur auf diese Weise konnte die Integration einer derart großen Zahl von Neubürgerinnen und Neubürgern gelingen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz deutlich: Wenn 700.000 Menschen nach Niedersachsen - nicht nach Bayern oder in einen anderen Teil der Bundesrepublik Deutschland - kommen, dann müssen sie davon überzeugt gewesen sein, daß sie in ein schönes und in ein zukunftssicheres Land gehen; sonst wären sie nicht hierhergekommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Integration hat viel Arbeit erfordert und im übrigen auch viel Geld gekostet. Die Landesregierung wird weiterhin alles tun, was Politik tun kann, um die Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern, die in Niedersachsen zu Hause sind. Das wird nur dann gelingen, wenn möglichst viele dabei helfen. Ohne dieses Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern wäre Niedersachsen nicht lebens- und liebenswert, nicht Heimat von Millionen Menschen geworden, von Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft und Tradition. Sie alle sind Niedersachsen. Wir sind ein weltoffenes Land, in dem die Menschen von mehr als 105 Nationalitäten gern leben, in dem sie sicher leben und in dem sie sich zeitweilig oder auf Dauer wohl fühlen. Wir können stolz darauf sein, meine ich, daß wir in Niedersachsen eine solche Situation herstellen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch schön, die unterschiedlichen Traditionen und die unterschiedlichen Kulturen unter uns zu wissen. Es ist doch ein schönes Land, in dem wir dies alles erleben können - friedlich miteinander, ohne daß es zu Ausschreitungen und zu Ärgernissen kommt. Es ist ein schönes Gefühl, Niedersachsen zu sein. Ich persönlich - das muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren - bin außerordentlich stolz darauf, gerade in einem so schönen Land Ministerpräsident zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, es bleibt viel zu tun in den nächsten Jahren.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Wir können an das anknüpfen, was in den vergangenen acht Jahren geschehen ist. Kontinuität, Konzentration und Kooperation werden die Arbeit der Landesregierung in den kommenden Jahren prägen, pragmatisch, wie das niedersächsische Art ist, mit beiden Beinen fest auf dem Boden und zugleich mit Weitblick über den Tag hinaus. Wir wollen und werden in den föderalen Wettbewerb der Bundesrepublik Deutschland eingreifen, unser Land zur Sprache bringen und uns auch durchsetzen. Wir vertrauen dabei auf die Kraft unseres Landes. Wir vertrauen auf die Menschen in Niedersachsen, auf ihre berufliche und persönliche Qualifikation, auf ihre Initiative, auf ihre Erfahrung im Umgang mit schwierigen Situationen, und wir vertrauen auf die Bereitschaft, Solidarität und Mitmenschlichkeit zu üben.

Gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes will ich dafür arbeiten, daß unser schönes Land Niedersachsen modern und sozial bleibt, tolerant und weltoffen, zukunftsorientiert und traditionsbewußt, eben typisch niedersächsisch und deshalb fähig und bereit zur ständigen Erneuerung, ohne die im Leben nichts Gutes gelingen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne wird es niedersächsischer.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Ich danke dem Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren, die Aussprache erfolgt vereinbarungsgemäß morgen vormittag ab 10 Uhr.

Für heute sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 16.19 Uhr.